

Bezugpreis: Vierteljährl. 6,75 M., monatl. 2,25 M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareilzeile ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 10. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Chemnitz.

78500 : 6000 Stimmen für die alte Partei.

Chemnitz, 10. Dezember. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestrigen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat ...

Nach einem später eintreffenden Telegramm des B.Z. wurden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für die Mehrheitssozialisten 78 500 und für die Unabhängigen 6000 Stimmen abgegeben.

Vor 14 Tagen Dresden, heute Chemnitz! Das Volk spricht deutlich. In Dresden haben die alte Partei 117 568 Stimmen gegen 8440 der Unabhängigen ...

Zweifelt noch jemand, daß es irgendwo anders aussehen wird, sobald es zur Abstimmung kommt? Sollte ein Spartakist oder Linksrädler mit „Ja“ antworten ...

Die Wahlergebnisse von Chemnitz und Dresden zeigen aber auch, wie stark der Wille zur Einigkeit in der Arbeiterenschaft geworden ist.

Vor dem Einzug der Truppen.

Die Linden sind zur Mittagszeit ein wogendes Strombett von Holznägen und Menschen. Tausende haben sich eingefunden ...

Bei Schluß des Mattes, begannen die Empfangsfeierlichkeiten am Brandenburger Tor.

Deutschlands Gerichtstag!

Strenge, Gerechtigkeit, Billigkeit — und doch Eisenfaust.

London, 9. Dezember. (Reuter.) In einer Frauenversammlung in London sagte Lloyd George zur Frage der Friedensbedingungen ...

London, 9. Dezember. (Reuter.) Ähnlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der engültigen Absicht zur Friedenskonzession gehen wird.

Wilson auf der Friedenskonferenz oder nicht?

Neue Anleihen der Alliierten?

Washington, 9. Dezember. (Reuter.) Von dem Dampfer George Washington wird drahtlos gemeldet, daß Wilson nicht persönlich bei den Friedensverhandlungen anwesend ...

Washington, 9. Dezember. (Reuter.) Der Schatzsekretär verlangt vom Kongress die Ermächtigung zu weiteren Anleihen an die Alliierten ...

32000 Engländer in Köln.

In Köln sind laut einem Telegramm der „A. B.“ bis jetzt insgesamt 32000 Mann englische Truppen eingetroffen.

Die Entente in Deutschland.

Eine englische Kommission in Hamburg angekommen.

Hamburg, 9. Dezember. Heute nachmittag ist die englische Besichtigungskommission auf dem Hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen.

In Rheidt ist ein belgisches Infanterieregiment mit klingendem Spiel zur Besetzung der Stadt eingezogen.

Erklärungen Scheidemanns.

Friedensdelegation. — Kaiserfrage.

Amsterdam, 9. Dezember. Nach einer Neutermeldung aus London hat der Berichterstatter des „Daily Express“ in Berlin am 8. Dezember eine Unterredung mit Scheidemann gehabt ...

Das Elend in Wien.

Wien, 9. Dezember. Der Leiter der Delegation des internationalen Roten Kreuzes, Kommissar, Perriere, äußerte sich ...

Wie gemeldet wird, versprechen die Wiener Verhandlungen mit der tschechischen Regierung über Kohlenlieferungen einen erfolgreichen Verlauf.

Sozialisierung — entmutigend?

Eine Aufklärung.

Von Professor Dr. Robert Wilbrandt.

Ich habe mich in meinem zweiten Sozialisierungsaussatz so kurz wie möglich gefaßt; vielleicht noch kürzer als möglich ist.

Die Sorgen der Unternehmer sind:

1. Lohnforderungen, durch Undurchführbarkeit sich selbst vernichtend; verbunden mit Einschränkung der Arbeitszeit und erst recht der Arbeit selbst auf ein Minimum ...

2. Die Rohstoffe knapp, zum Teil überhaupt noch nicht wieder da; soweit vorhanden; noch Kriegspreise, von denen sicher ist, daß sie sinken werden ...

3. Der Absatz ist zwar im Inland, dem jetzt alles fehlt, sicher, doch alle Exportindustrie hat Grund, für ihre Produktion noch abzuwarten.

4. Produzieren heißt Kapital anlegen; wozu das? Das Kapital ist angelegt; in Kriegsanleihe; da trägt es 5 Proz. — ist eine höhere Verzinsung in der Produktion sicher? ...

5. Zu alledem, was also die Unternehmungen hemmt, tritt nun noch die Beunruhigung wegen dessen, was meine Artikel behandelt haben.

Die deutsche wie die russische Revolution hat gezeigt, daß nach militärischer Niederlage die Nerven vertragen und, nach mehr als vier Kriegsjahren unerhörtesten Kalibers ...

Demgegenüber setzte bei mir die Bemühung ein, die an sich ökonomisch richtige und sozial unentbehrliche, im Augenblick politisch obendrein die Krisis (Nationalversammlung) erst lösende Sozialisierung in eine Form zu bringen ...

Darum kam ich auf die mir sonst fernliegende Ausgestaltung des Sozialisierens zu einer der Produktivgenossenschaft relativ nahestehenden Form, um das Selbstinteresse und die Einsicht wachzurufen ...

Die Sozialisierung als Sporn! Als Wiederaufrichtung der Arbeitsfreude, der Leistung, der einsichtsvollen Bescheidung auf Möglichen ...

Wenn es aber so gelänge — und das ist jetzt Rettung —, daß alles in Gang kommt, der Gewinn wieder steigt und mit ihm die Ablosungsrente, wird dann nicht der Unternehmer fürchten, binnen kurzem nur noch Betriebsleiter

— oder vielleicht auch das nicht — zu sein, wo er bisher Eigentümer und Herr war?

Kun, Herr ist er schon seit dem November 1918 nicht mehr. Und ist es denn so schrecklich, sich sagen zu müssen, daß in einem Menschenalter — etwas früher oder später — eine Rente abläuft, die allmählich das Eigentumsrecht amortisiert? Ist die Aussicht, in 30 oder 50 Jahren eine Unternehmung nicht mehr zu haben, nicht ganz alltäglich? Ist in einer Zeit, die alles in Frage stellt, die ein Drittel oder die Hälfte des Vermögens zu nehmen durch die Not gezwungen ist, der Gedanke so schrecklich, daß der Rest des Vermögens in gesicherter Rente allmählich ausbezahlt wird? Ist das, was Godin freiwillig tat — der Vorgang war dort fast genau so — ein schon im voraus lähmender Gedanke? Nicht wie Abbe durch einen Federstrich verzichtete, nicht von heute auf morgen, sondern Eigentümer nur noch Angestellter des eigenen Werkes zu sein, steht in Frage. Sondern ganz allmählich, im Lauf einer Periode, die um so gewinnreicher wird, je kürzer sie ist, tritt die Ablösung ein. Alle Kraft im Einberufenen geht mit den Arbeitern und Angestellten, deren Interesse dem des Besitzers nun parallel läuft, dafür einzusetzen, daß der Ertrag erhöht wird; soll das unmöglich sein, weil mit dem erhöhten Gewinn der Endpunkt näher rückt?

Ist denn irgendeine Möglichkeit vorhanden, eine Ablösungsbrente, ohne Ueberlastung der Gegenwart, kürzer als ein bis zwei Menschenalter laufen zu lassen? Wäre bei der Bauernbefreiung anders? Ich habe bei schlesischen Webern die Ablösungsbrente ihrer einstigen Sorglosigkeit im Jahre 1904 noch laufend gefunden.

Die Befreiung — die der Arbeiter hier, wie dort die der Bauern — soll nach meinem Plane nicht plötzlich erfolgen, sondern allmählich, ja selbst verdient, selbst erungen. Das Reich hat keine Mittel, um für diesen Teil, den entgeltlichen, einzustehen; es braucht den unentgeltlichen, um selbst wieder hoch zu kommen und um für notwendigste Kulturzwecke, nach Erledigung seiner fürchtbaren Schulden, Mittel zu haben. Also kann, ohne Raub, nur der Mehrertrag mit Hilfe der Arbeiter selber eine Ablösungsbrente ergeben. Der Mehrertrag gegen jetzt, gegen den zu überwindenden Zustand. Man muß den anlockenden Unternehmerröckel, über den Zins hinaus, und die ebenso nötigen Rücklagen für Erweiterung und Verbesserung des Betriebes, für Verluste, aber auch die Generationen lang schon getragene Last der Arbeiterklasse in Rechnung ziehen. Je nach den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft und der einzelnen Gewerbe müssen Fachauschüsse eine die Ertragssteigerung fördernde, aber hygienische Schäden vermeidende, ökonomisch-technisch günstige Formel für Bemessung der Ablösungsbrente suchen. Sehr oft wird der Obereigentümer, das Reich, zu Hilfe kommen müssen: durch Zusammenlegung von Betrieben, wo der Einzelne zu kümmerlich ist, als daß in ihm der Ertrag zu erhöhen wäre. Mit voller Entschädigung (wie vorigesmal schon behandelt). Wo aber Gewinn erzielbar, würde der den Arbeitenden zufallende Gewinnanteil ihnen nicht ganz ausbezahlt, sondern zum Teil als Amortisationsrente zu ihren Gunsten gutgeschrieben.

Die Stellung des Aktiengesellschafts-Direktors bleibt wie bisher, nur gelangt sie in sachlich begründete Harmonie mit dem Personal, auf Grund der mit dem Ertrag automatisch steigenden Gewinnbeteiligung und Ablösungsbrente, durch die der sich allmählich befreiende Produzent, doch seine Kinder es besser haben, als er es hatte. Und mit dem Unterschied noch: der Absatz, die schlimmste Sorge, ist durch feste Lieferungsverträge auf Grund von Bedarfsfeststellung sozialistisch erledigt, so daß jeder Betrieb, wie bisher die an Konsumenten angegliederten Produktionsgenossenschaften, durch Absicherung der Rente abläuft, der Besitzer kein Interesse mehr hat, die Hände in den Schoß legt, alles verfallen läßt, dann sind bis dahin die Arbeiter und Angestellten mehr und mehr neben ihn, ja innerlich an seine Stelle getreten; für sie ist mit der laufenden Rente das

Interesse am Unternehmen gewachsen. Ihre Mitarbeit hat, in mannigfacher Form — durch Vorschläge, Eifer, Sorgfalt, Kontrolle usw. usw. — den Ertrag gesteigert. Sie bekamen Freude am Betrieb, sie haben gelernt, viele Jahre lang; sie wissen Bescheid. Ob der Nachfolger des Eigentümers in der Betriebsleitung dann durch Wahl des Betriebsrates oder durch den Obereigentümer — das Reich — oder durch eine Kombination dieser beiden Faktoren eingesetzt wird, ihn trägt der Betrieb, der nicht mehr sein Gegner, sondern sein Genosse ist, bestehend aus all den in ihn hineingewachsenen Miteigentümern, den Schaffenden selbst.

Es ist einst beim Genossenschaftssozialismus eine Stunde von entscheidender, von weltgeschichtlicher Größe gewesen, als das die Mitglieder gewinnende und am Scheitern der Konsumgenossenschaft interessierende Prinzip durch die Pioniere von Rochdale in die Tat umgesetzt worden ist.

Die heutigen Besitzer mögen wissen: die Führerstellung bleibt, einst in anderer Form, einst für jeden offen, der Vertrauen gewinnt; wer sich das nicht zutraut, hat zu verschwinden. Die Führerstellung bleibt, zunächst unverändert, nur leichter gemacht. Die Eigentümer, das weiß auch das Proletariat, sind in all den mittleren Betrieben, wo sie selbst leiten, zunächst unentbehrlich. Sie dürfen nicht vor den Kopf geschlagen werden. Sie müssen ermutigt, sie müssen beruhigt und durch entsprechendes Verhalten der Arbeiter selbst — jetzt ist das Gegenteil der Fall — unterstützt werden. Das will mein Vorschlag. Am Arbeiterinteresse, im Gesamtinteresse! Die Stunde ist die ernsteste in der deutschen Geschichte. Sie finde ein würdiges Geschlecht!

Ein Geschlecht ohne Fagen und Faudern! Schon verdrahtet die Stimmung. Die Gegner sammeln sich. Die Enttäuschungen stehen bevor. Sie stärken die Reaktion. Und erst recht tut das die Dauer des jetzigen Zustandes!

Drum dies als Rotverordnung und dann die Nationalversammlung! Sie wird sozialistisch, wenn sie bald kommt; sie wird reaktionär, wenn man wartet, bis all die bevorstehende Not (der Arbeitslosen, der Hungernden, Wohnungslosen!) die Spartakusleute zum Terror und das übrige Volk zum Schrei nach Ordnung gebracht hat. Bis das Ruhebedürfnis Reaktion und die Reaktion wieder Terror erzeugt hat. Drum: morgen die Rotverordnung, doch übermorgen die Feststellung jedes Wahlberechtigten: als Deutscher über 20; und überübermorgen, ohne alles weitere, Wahlen auf Grund der Wahlrechtsbescheinigung, die am Vortag ausgestellt und bei der Wahl von der Behörde beibehalten wird. So: Ohne Möglichkeit von Mißbrauch, das „Technische“ erledigt und Demokratie samt Sozialismus.

Adolf Hoffmann und die Konstituante.

„Nach russischer Methode auseinanderzuziehen.“

In der bürgerlichen Presse wird der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann heftig angegriffen, weil er in einer Versammlung der Unabhängigen am letzten Sonntag sagte: wenn die Wahlen reaktionär ausfallen, dann würde nichts anderes übrig bleiben als die konstituierende Nationalversammlung nach russischem Muster mit Gewalt auseinanderzuziehen.

Wir müssen dazu erklären, daß wir nicht imstande sind, die Aeußerung des Ministers zu deden, daß wir vielmehr genötigt sind, sie völlig preiszugeben.

Erstens einmal ist es ein Unsinn, überhaupt mit dem Gedanken zu spielen, die Wahlen könnten reaktionär ausfallen. Wir haben das letzte Jahr zum deutschen Volk, daß sie sozialdemokratisch ausfallen werden.

Zweitens ist die Nationalversammlung, die von allen mehr als zwanzigjährigen Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt werden wird, der Willensausdruck des Volkes, dem wir uns als Demokraten von vornherein unterordnen. Wir betrachten jeden Versuch, sich gegen den Willen des Volkes aufzulehnen, als verächtlich und halten die Anwendung jedes Mittels zu seiner Abwehr für geboten.

Wir halten die Auffassung des Ministers Adolf Hoffmann aber nicht nur für grundtätlich verwerflich, sondern auch für dumm. Denn die Deutschen sind keine Russen, und sie würden nicht dulden,

daß man ihre rechtmäßig gewählte Vertretung mit Waffengewalt auseinanderjagt.

Würde der ganz unwahrscheinliche Fall eintreten, daß die Wahlen reaktionär ausfielen, so würden wir es nicht mit der russischen Methode des Auseinanderziehens halten, sondern mit der deutschen sozialdemokratischen Methode der Auflösung, damit die nächsten Wahlen besser ausfallen.

Wir bedauern aufs tiefste, daß ein Mitglied der gegenwärtigen Regierung eine solche Feigheit machen, daß ein früherer Sozialdemokrat sein Programm so gründlich vergessen konnte. Wir können zugleich über ein solches Maß von politischer Unfähigkeit, die Wahlansichten der Unabhängigen sind doch wirklich nicht so glänzend, daß es notwendig wäre, sie durch Aeußerungen der Wegmanns und Hoffmanns noch zu verschlechtern!

Die Einberufung der Nationalversammlung. Unabhängig von der Zustimmung des Vollzugsrates.

In der gemeinsamen Erklärung der Regierung und des Vollzugsrates findet sich der Satz, daß der Rat der Volksbeauftragten unbedingt daran festhalte, daß die von der Revolution gegebene Verfassung ohne Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte nicht geändert werden könne. Wenn daraus in der Presse gefolgert worden ist, daß die Einberufung der Nationalversammlung nur mit Zustimmung des Vollzugsrates möglich sei, so ist das nach Meinung der P. P. A. falsch. Die Revolutionsverfassung selbst sah die Einberufung der Nationalversammlung bereits vor, und sie ist durch die Regierung auf Grund der ihr übertragenen Exekutivbefugnisse erfolgt. Der Zeitpunkt bedarf lediglich noch der Zustimmung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte. Von der Zustimmung des Vollzugsrates ist die Nationalversammlung nicht abhängig.

Das Ende einer Lüge.

Zur Tragödie in der Chausseestraße.

Wie gefährlich Lügen sind, haben wir in den letzten Jahren gelernt. Durch Lügen ist der Krieg entzündet worden, mit Hilfe von Lügen wurde er weitergeführt, bis er uns die Niederlage und den Ruin brachte. Jetzt will die Lüge den Schlimmsten aller Kriege, den Bürgerkrieg entzünden. Darum freyen wir uns, daß es uns gelungen ist, in das Dunkel das künstlich über die Vorgänge in der Chausseestraße gelegt wurde, Licht zu bringen. Die Wahrheit bringt den Frieden.

Der Versuch, die Berliner Bevölkerung gegen unsere Volksgenossen von der republikanischen Soldatenwehr durch Lügen aufzuheben, ist an den Feststellungen in der heutigen Morgennummer des „Vorwärts“ gescheitert.

Es steht jetzt folgendes fest: Die Chausseestraße wurde militärisch abgeriegelt, um den Vollzugsrat vor einem vermuteten Angriff der Defektoren zu schützen.

Es wurde kein Befehl zum Schießen gegeben sondern die Soldaten verteidigten sich, so wie sie es eben aus dem Kriege gewohnt sind, nachdem man sie angegriffen hatte. Weder die leitenden Behörden, noch die ausführenden Organe trifft eine Schuld. Die junge Republik muß von dem Vorwurf, sich mitwilling mit dem Blut von Volksgenossen beledigt zu haben, freigesprochen werden.

Die ganze Schuld trifft jene vereinzelt Elemente der Großstadt, für die jedermann vogelfrei ist, der es nicht mit ihnen halten will. Wenn unehuldige Opfer gefallen sind, so kommt das verpörrische Blut über ihr Haupt und über kein anderes. Es ist auch hier genau so wie bei dem Putz auf das Polizeipräsidium, wo ein Sicherheitsfotograf von nächtlichen Tumultuanten ermordet wurde und wo ja auch schon eine Karole ausgegeben war, Weis und Eichhorn mühten mit Waffengewalt „abgesetzt“ werden (etwa ähnlich wie der Minister Kuer in München).

Die Methode, jeden mißlungenen Putz als eine Schandtat der regierenden sozialdemokratischen „Muthunde“ auszugeben, ist durchsicht. Sie wird bei keinem gerecht Denkenden mehr verlangen.

Vorwärts.

Die Kohne lacht
Wie Hut so rot.
Die Himmelszeichen weht's im Wind.
Der Freiheit großer Tag beginnt!
Vorwärts!

Kun, Bürgermann
Und Bauernmann,
Reicht und zum Bund die rechte Hand;
Keu bauen heßt das Vaterland.
Vorwärts!

Der Kopf und Herz,
Der Faust wie Erz!
Der, Jugend mit der raschen Zeit!
Der, Alter mit bedächt'gem Rat!
Vorwärts!

Und lacht nicht Iud,
Bis riesengroß
Der Freiheit stolze Burg sich hebt,
Die strahlend auf zur Sonne strebt.
Vorwärts!

Reinhold Bisher.

Die Frauen und die Kunstakademien.

Wir berühren neulich die Frage der Reform der Kunstakademien und gaben weiterhin bekannt, welche Stellung die Organisation der Künstlerinnenvereine in einer Berliner Sitzung zu dem sehr wunden Punkte, der Oeffnung der Kunstakademien für die Frauen eingenommen hat. Diese Organisation will, wie wir mitteilten, „ohne Sturmlaufen“ vorgehen, obwohl die Verhältnisse ein energisches Andringen vollstän erklären würden. Welcher Art sie sind, läßt sich aus folgenden kurzen Angaben ersehen und schließen. Frau Prof. Henni Lehmann in Göttingen schreibt uns:

Daß die Oeffnung der Kunstakademien für die Frauen nicht längst, nicht gleichzeitig mit der Oeffnung der Universitäten erfolgte, ist ein veralteter Topf, den es schleunigst abzuschneiden gilt, denn so und so viele Begabungen werden durch diese Beschränkung in ihrem Aufstieg und ihrer Entwicklung gehemmt. Freie Bahn den Tüchtigen! muß es auch hier heißen. Wir hatten vor dem Kriege in Deutschland 10 Kunstakademien: in Berlin, Königsberg, Düsseldorf, Breslau, Kassel, Karlsruhe, München, Weimar, Stuttgart, Dresden. Unbeschränkte Aufnahme der

Frauen gewährten nur Weimar, Breslau, Kassel; mit Beschränkungen Stuttgart und Königsberg; Düsseldorf plant eine besondere Frauenakademie. Die größten Akademien mit ihren reichen Bildungsmöglichkeiten sind also den Frauen verschlossen. Die Kosten für die geringeren Bildungsmöglichkeiten betragen dagegen auf den weiblichen Studienanstalten das fünf- bis achtfache (500—800 M. jährlich gegen 100—120 M. durchschnittlich) der Kosten auf den Akademien. Als Grund für die Nichtöffnung der Akademien wurde zum Teil von Seiten der Akademieprofessoren Bedenken gegen das gemeinsame Aufgehen von Mann und Frau geltend gemacht, als wüßten die Herren nicht, daß dies gemeinsame Aufgehen an einer Reihe von künstlerischen Unterrichtsanstalten stattfindet, ohne daß sich irgendwelche Mißstände ergeben haben, als fände nicht bei dem Medizinstudium auf den Universitäten auch das Studium des nackten Körpers statt für Student und Studentin gemeinsam.

Wenn durch Oeffnung der Kunstakademien für die Frauen die privaten Studienanstalten, die allerdings für manden eine ergiebige Einnahmequelle bilden, sich verringerten, so wäre das ein Gewinn für die Kunst, denn in ihnen hat die Züchtung von Dilettanten und Galbitalen ihre Heimstätte.

Die Staatstheater.

Bei Festlegung der Rechte und Pflichten in den neu geordneten Berliner Hoftheatern mühte mit Nachdruck auf die Aufgabe hingewiesen werden, die Kunst der Lebenden zu unterstützen. Es ist eine höchst bedauerliche Tatsache, daß die ehemalige Hofoper seit Jahren nur sehr wenig Erstaufführungen, von Neuaufführungen ganz zu schweigen, herausbrachte.

Bei der Auswahl dieser Werke sollte jede Parteilichkeit zur Kunst ausgeschaltet werden; eine dementsprechend auszuwählende Kommission hätte die Entscheidungen zu treffen. Es mühte also den Staatsbühnen bei Festlegung der Subventionen — wie in anderen Ländern — die voll umgrenzte Verpflichtung auferlegt werden, in jeder Spielzeit eine bestimmte Zahl neuer Werke zur Darstellung zu bringen.

Im Interesse der Kunst und der Künstler! Dr. Riesefeld.

Wie Amerikas erste „Schülerräte“ entstanden.

Die neue Zeit will nicht nur dem Volke, sondern auch der Jugend die Regierung selbst in die Hand geben. Die Frage der Selbstverwaltung in der Schule, die in der pädagogischen Literatur der letzten Zeit eine so große Rolle gespielt hat, soll in unseren Bildungsanstalten eingeführt werden. „Schülerräte“ sollen sich bilden, die die Selbstverwaltung der einzelnen Klassen regeln. Diese Selbstverwaltung in der Schule ist zuerst in dem ländlichen Lande

der Selbstregierung, in den Vereinigten Staaten, in größerem Maßstabe durchgeführt worden.

Die Bewegung, die sich dann durch alle Staaten fortpflanzte, entstand vor etwa zehn Jahren durch einen Zufall in Los Angeles in Kalifornien. Ein Schuljungenrat war der Ausgangspunkt der amerikanischen Schülerräte. Der Hof der polytechnischen Schule von Los Angeles liegt auf einer Anhöhe, an deren Fuß sich ein kleiner Bauernhof befindet. In der Pause beschäftigten sich einige Knaben damit, vom Hofe aus große Steine den Hügel hinaufzuwerfen, und dabei wurde das Dach des Bauernhofs beschädigt. Der Eigentümer, ein armer Mann, beschwerte sich beim Direktor; dieser versammelte nun die Schüler und schlug ihnen vor, aus ihrer Mitte eine Kommission zu wählen, die die Schuldigen bestrafen und den Bauern entschädigen sollte. Der Gedanke des Schulleiters wurde mit Begeisterung aufgenommen; es trat ein Schülerrat zusammen, der durch eine Sammlung den Schadenersatz reichlich aufbrachte und die Schuldigen mit dem zeitweiligen Ausschluß von den allgemeinen Sportspielen bestrafte. Der glückliche Erfolg dieses ersten Versuches veranlaßte den Direktor, die Wahl eines ständigen Aufsichtsrates anzuregen, der die Schuldigen selbständig in die Hand nehmen sollte. Die ganze Strafgewalt wurde in die Hand dieses „Schülerrates“ gelegt, und dabei zeigte es sich, daß es nie vorher so ordentlich und geistig in der Schule zugegangen war, als nach dieser Neuordnung. Alle sechs Monate wurde nun ein neuer Präsident gewählt, denen alle Besitzer je zwei Vertreter jeder Klasse zur Seite standen. Die ganze Einrichtung fand in Amerika den lebhaftesten Anklang, denn man sah in dieser Selbstverwaltung die beste Vorbereitung für den künftigen Bürger der Vereinigten Staaten, die ja als Hauptaufgabe ihres Staatslebens die Förderung aufstellen, daß das Volk vom Volke durch das Volk regiert wird. Die Schüler fügten sich widerspruchslos der öffentlichen Meinung ihrer Behörden und nahmen die verhängte Strafe als gerecht hin, während früher die Strafgewalt der erwachsenen Vorgesetzten nicht selten Erbitterung und Ungehorsam hervorgerufen hatte.

Notizen.

— Sturm im „Sturm“? In unserer neulichen Mitteilung über Gründung einer Expressionisten-Internationale geht uns folgende Erklärung zu:

Die Unterzeichneten stellen fest, daß die Gründungs-erklärung der Expressionistischen Internationale ohne Wissen der meisten Sturmkünstler durch das Bureau des Sturm erfolgt ist. Fritz Staudenber, Arnold Töpp.

Aus dieser Erklärung wird zu entnehmen sein, daß die meisten Sturmkünstler von der gemeldeten Gründung, die also auf Herward Waldens Ratte läme, abzurufen wünschen. Aufsehung gegen

— Vorträge. Im Lessingmuseum spricht Donnerstag Dr. Groß über Fritz von Arnim und sein Drama „Ein Geschlecht“. Rezitation Ida Orloff, Beginn 8 Uhr.

— Die Kölner Orchesterszeit ist nach westeuropäischer Zeit eine Stunde zurückgestellt worden.

Die Tagesordnung der Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenversammlung.

Bekanntmachung.

Amlich. Den Arbeiter- und Soldatenräten der Republik schlagen wir als vorläufige Tagesordnung der Delegiertenversammlung vom 16. Dezember folgende vor:

1. Bericht des Vollzugsrates. Berichterstatter: Richard Müller. Bericht der Volksbeauftragten. Berichterstatter wird noch bestellt.
 2. Nationalversammlung oder Räteystem. Referent: Cohen. Korreferent: Däumig.
 3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Referent: Hüfferding. Korreferent: wird noch bestellt.
 4. Die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik. Referent: Ledebour.
 5. Wahl des Vollzugsrates der Republik.
- Anträge zu dieser Tagesordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Vollzugsrates, Abgeordnetenhause, mitzuteilen, ebenso die Namen der Delegierten.

Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 50 000 Frontsoldaten — nicht 100 000 — das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, daß die Schutztruppe gesondert einen Vertreter entsenden darf.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin.
Rich. Müller. Wollensbaur.

Die bayerische Wahlordnung.

Sonderbestimmungen für die Rheinpfalz.

Das bayerische Ministerium des Innern hat gestern die Wahlordnung für den bayerischen Landtag veröffentlicht. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein gleich, geheim und unmittelbar. Gewählt wird in Verhältniswahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 180, bisher waren es 163. Von den Abgeordneten werden 103 in einem Wahlgang in den bisherigen 183 Wahlkreisen, die als Stimmkreise gelten, auf Grund von Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stimmengänge verteilt. Wenn in der Pfalz zu der angegebenen Zeit keine Wahl möglich sein sollte, kann der Landtag die bisherigen Abgeordneten als Vertreter der Pfälzer Wähler im Landtag anerkennen und durch den Präsidenten einberufen.

Ein Hartnäckiger.

Einen neuen Protest hat der ehemalige Kommerzienpräsident von Fuchs mit folgender Erklärung erlassen: Die provisorische Regierung des Volksstaates Bayern hat die Wahlen für den neuen Landtag auf den 12. Januar 1919 ausgeschrieben. Der gesetzlich gewählte Landtag besteht jedoch nicht, da er nicht aufgelöst ist. Das Recht zur Auflösung besitzt die provisorische Regierung nicht. Wenn sie sich gleichwohl ein solches Recht anmaßt, so muß die Vertretung des bisherigen Landtages feierlich Verwahrung dagegen einlegen, daß die Neuwahlen zum Landtag unter geschwinderer Ausschaltung des gesetzlich gewählten Landtages eingeleitet werden sollen.

Anmahnd ist allein die Sprache des Herrn Fuchs. Vielleicht erhört der Herr nächstens die ganze Revolution für „ungültig“.

Abgeblüht!

Liebkecht und die Franzser.

Liebkecht, dem der Schutz seiner Leibgarde nicht zu genügen scheint, versucht, wenn auch vergeblich, sich eine reguläre „Note Garde“ beizulegen. Bei verschiedenen Führern Berliner Regimenter, so z. B. bei den Franzsern, hat man versucht, die Vorstände der Soldatenräte dafür zu gewinnen, zu einer Konferenz in der Redaktion der „Noten Fahne“ zusammenzukommen, wo sie für den Spartakusbund gewonnen werden sollten. Selbstverständlich wurden diese Zusammenkünfte von den Truppenführern abgelehnt. Bei der Kundgebung der Spartakisten am Sonntag erklärten mehrere Redner, daß die Franzser, Augustaner und Alexander zu ihnen übergegangen seien. Entgegen diesen Verleumdungen haben die Soldatenräte dieser Truppenteile am gestrigen Montag der Regierung ausdrücklich versichert, daß die Truppen bis zum letzten Mann noch wie vor geschlossen hinter der Regierung Oberst-Haase stehen. Collin Hof, der sich in der Kaserne der Franzser in Ost befand, ist am Montag mittag dem Vollzugsrat zum weiteren Verhör betreffend die Vorgänge am vergangenen Freitag vorgeführt worden. Von dort aus wurde Hof in das Untersuchungsgefängnis im Polizeipräsidium übergeführt.

Die armenischen Gebietsansprüche. In Nr. 332a unseres Blattes haben wir über die Unabhängigkeitserklärung Armeniens und über die Ansprüche der Armenier nach Einverleibung auch Bilizien in die armenischen Grenzen berichtet und behauptet, daß sachliche Gründe für diese Forderungen, soweit sie namentlich auf die Ebene Bilizien, hingen, weder in geographischer, noch politischer, noch ethnographischer Hinsicht zu finden seien. Dazu erhalten wir eine Zuschrift, die das Vorhandensein dieser Gründe behauptet. Wir müssen demgegenüber daran festhalten, daß die Armenier schon vor der großen Vernichtungsmaschine der türkischen Regierung im Jahre 1915 in Bilizien nur Kolonienweise als geschlossene Hauptbevölkerung aufgetreten sind, daß sie aber auch damals keine Mehrheit der Bevölkerung bildeten. Nach den Vorgängen von 1915 aber ist das armenische Element in Bilizien fast völlig verschwunden und an eine Rückkehr nennenswerter Massen der Armenier ist nicht zu denken. Sie leben nicht mehr. Daß geographisch Bilizien mit Hocharmenien keine Einheit bildet, sondern vielmehr durch tief eingegriffene, teilweise selbst querzugeschnittene Gebirgshänge mehr getrennt als verbunden ist, ergibt ein Blick auf die Landkarte. Der Umstand, daß vor tausend Jahren sich im laurischen Bilizien keine armenische Vasallenstaaten gebildet hatten, die aber bald wieder zerfallen sind, dürfte wohl kaum als politische Begründung der armenischen Forderungen angesehen sein. Leider verbietet der Papier- und Raumangel, unsere Ansicht, die nicht etwa von Antipathie gegen das armenische Volk durchdringt ist, ausführlich zu begründen.

Keine Bländerungen in Augsburg. Der Soldatenrat der Garnison Augsburg teilt uns mit, daß die Meldung von der Willkürdiktaturen an Militärkassen und Soldaten in der Lager Reichsfeld frei erfunden ist.

Berichtigung des Kriegsministeriums. In seinem Bericht über „Das Norddeutsche Reich“ erwähnt der „Vorwärts“ Nr. 322, daß unter den in Lemberg erbeuteten Dokumenten ein Schreiben des Berliner Kriegsministeriums gefunden worden sei, in dem der Nationalrat um Listen der aufklärten Ukrainer in Ostgalizien gebeten wird, auf die man eine eventuelle Aktion stützen könnte. Demgegenüber wird festgestellt, daß dem Kriegsministerium von einem solchen Schreiben nichts bekannt ist.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Kollektivabkommen in der Berliner Metallindustrie.

Am Montag nahm eine sehr stark besuchte Versammlung der Dreher Stellung zu dem in Vorbereitung begriffenen Kollektivabkommen des Metallarbeiterverbandes mit den Berliner Metallindustriellen. Die Branchenkommission der Dreher schlug im Einverständnis mit den Vertrauensmännern vor, die jetzt vorliegende Form des Abkommens dahin zu ändern, daß die wöchentliche Arbeitszeit nicht auf 48½, sondern auf 45 Stunden einschließlich der Pausen festgesetzt und daß mit dem Abbau der Affordarbeit begonnen wird. Gleichzeitig soll eine Kommission eingesetzt werden, die auf Grund des bisherigen Affordverdienstes angemessene Stundenlöhne festsetzt. Als Mindeststundenlohn wird vorgeschlagen 3,50 M. für gelernte Dreher und 3 M. für ungelernete Dreher. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, daß Entlassungen erst dann eintreten dürfen, wenn die tägliche Arbeitszeit auf 4 Stunden beschränkt ist. Besonderer Wert wird auf die Rechte der Betriebsräte gelegt und deshalb gewünscht, daß ohne deren Zustimmung die Betriebsleitung nichts unternehmen darf, was sich auf die Arbeitsverhältnisse bezieht. — Nach einer regen Aussprache stimmte die Versammlung diesen Vorschlägen zu.

Der Bund Technischer Berufsstände.

dem eine ganze Anzahl technischer Vereinigungen angehört, ist, wie wir uns in einer Sitzung vom Montag überzeugen konnten, eifrig am Werk, bei der Wiederbelebung des Wirtschaftslebens tatkräftig Hand anzulegen. Wie die aus dem reichen Erfahrungsschatz der mitten im werktätigen Leben stehenden Männer vorgetragene Fälle beweisen, sind dabei noch ganz erhebliche Widerstände zu überwinden; Widerstände, die ihren Ursprung darin haben, daß in den Stellen der maßgebenden Behörden vielfach Leute des alten Systems übernommen worden sind. Deshalb fordert der Bund Beschäftigung dieser Posten mit Fachleuten. Es geht nicht an, wird mit Recht gesagt, daß beispielsweise das Staatskommissariat für Wohnungswesen von einem Juristen verwaltert wird, dem zum Überflus noch fünf Juristen aber kein Fachmann als Beiräte zugeordnet sind. Ebenso ist die vielfach bestehende Vertrohung von Offizieren da, wo Fachleute unbedingt vorhanden sind, zu bekämpfen.

Der Bund hat die Herausgabe einer Zeitschrift ins Auge gefaßt, worin nicht nur die Fehler und Mängel auf technisch-wirtschaftlichem Gebiet, an denen das alte System zugrunde ging, aufgezeigt werden sollen, sondern zugleich auch Mittel und Wege, sie zu vermeiden. Diesem Unternehmen wird die Offenlichkeit, besonders aber auch die Regierung größte Aufmerksamkeit schenken müssen. Der Bund erhebt auch, durch entsprechende Umgestaltung der Lehrpläne sämtlicher Schulen, für die überaus wichtigen Fragen der Technik und ihres Einflusses auf die Wirtschaftsgestaltung, bei der Allgemeinheit das Verständnis zu wecken.

Am Donnerstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bund in der Technischen Hochschule Charlottenburg im Saale 241 einen Vortragsabend, auf dem Herr W. A. T. Müller-Neubaus über das Thema „Kapitalismus und Sozialismus in den politischen Parteien der Gegenwart“ sprechen wird. Gäste willkommen.

Groß-Berlin

Mister Meschugge.

Die große Kanone.

Er ist der Abgott gewisser Berliner, denn er macht aus der Tollheit ein Prinzip. Seine Parole heißt: Aufsehen, Aufsehen um jeden Preis. Es darf kein Tag vergehen, an dem nicht der Name Meschugge an den Titelseiten zu lesen ist, keine Morgen- und Abendnummer einer Zeitung darf erscheinen, die nicht von einem neuen Braudurstid des Mister Meschugge berichtet. Für die Unsterblichkeit seines Namens ist ihm keine Verdrlichkeit zu verrückt.

Mister Meschugge ist das Genie des Jersinn. Hätte er wie andere Kavallemeister sein Orchester ruhig und sachlich dirigiert, kein Mensch würde ihm zugehört haben. Denn sein sachliches Können ist gering, nicht größer als das irgendeines anderen kleinen Kaffeekonditorienten. Eine Größe sinnter Ordnung. Man schmeckt ruhig weiter, während er sich mit Spielen abquält.

Aber Mister Meschugge zwingt Euch, ihm zuzuhören. Dum! Wöplich kratzt ein Schuß. Mister Meschugge hat ihn abgefeuert. Die Zuhörer sind starr. Da kreischt sie eine überschlagende Stimme an: „Blutthunde, Massenmörder, Spionen, Feiglinge!“ Ist dieser Mister Meschugge nicht ein talentierter Sterk!

Der das Orchester geist harmonisch einen launigen Walzer. Auf einmal kratzt eine Kindertrompete schrill dazwischen. Alles fährt zusammen. Mister Meschugge, das hast Du glänzend gemacht.

In der Ecke tündelt ein Liebespärchen. Bis eine dröhnende Stimme aus einem Schalltrichter drohend dazwischen fährt. Wenn sie recht erschären, dann ist Mister Meschugge wohl.

Und wie er zappelt, wie er die Glieder verrenkt. Jede Gebärde bittelt: „Nicht nach mir, schmachtet nach mir, zittert vor mir, erdreckt vor mir, verehrt mich, betet mich an!“

Der große Meschugge arbeitet unermüdet. Denn hörte er nur eine Minute auf, so würde alles sofort von etwas anderem reden. Aber er besitzt Gott sei Dank — ein unerschöpfliches Vorrat von Karminstrumenten, Rabautrompeten, Pistolen, Gewehrings, Maschinengewehren, Handgranaten Bonzerantons usw.

Außerdem hat er im Notfall noch sein wohlgelagertes Orchester, das heult, tobt und knallt im Bedarfsfalle noch besser als er. Wehe, wer sich Mister Meschugge widersetzt. Die ganze Bande fällt über ihn her, bespuckt ihn, zertröt ihn, beschimpft ihn, wirft ihn mit Kolbellen, daß in zwei Minuten keine reinliche Stelle mehr an ihm ist. Inzwischen Mann dieses Orchesters halten zweihundert Zuhörer in Schach. Die Regierung, das ganze deutsche Volk, alles ist gegen sie ohnmächtig. Nur Mister Meschugge gehorchen sie, dem aber auch blindwütig und ergeben bis in den Tod.

So sieht Mister Meschugge aus, der Tyrann von Berlin.

Gisela Raudl.

Ja das „so schnell, wie möglich“?

Die Berliner Stadtbewohnerversammlung hat am 5. Dezember dem Magistratsrat auf Veranlassung einer weiteren Feuerungszulage bzw. Kriegshilfe für städtische Beamte, Angestellte, Arbeiter usw. zugestimmt. Wird man es für möglich halten, daß die jetzt vor 3½ Wochen am 10. Oktober bewilligte Feuerungszulage bzw. Kriegshilfe immer noch nicht allen Empfangsberechtigten ausgezahlt worden ist? Ein Gegenstand zu dem kürzlich von uns mitgeteilten Fall aus einem Straßenreinigungsbepol wird uns jetzt aus der Gokanfall-Dangiger Straße bekannt, wo die zur Bereinigung angenommenen und seit Jahren dort beschäftigten Frauen bisher noch nichts von der im Oktober bewilligten Feuerungszulage zu sehen gekriegt haben. Am 10. Oktober erklärte in der Stadtbewohnerversammlung der Bürgermeister Reide, es sei bereits Anweisung gegeben, das

Geld „so schnell, wie möglich“ auszuzahlen. Hat man das gegenüber den Reinigungsfrauen nicht für nötig gehalten? Nun war's doch wohl endlich Zeit, auch ihnen das Ihrige zu geben!

Aufhebung des Spargzwangs für Jugendliche.

Die Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1918 über den Spargzwang für Jugendliche wird sofort aufgehoben. Lohnabhängige sind künftig nicht mehr zu machen. Das Sparfassenbuch ist dem Berechtigten sobald wie möglich durch den Gemeindevorstand des letzten der Sparsache bekannten Aufenthaltsortes des Jugendlichen auszuhandigen. Ein Rechtsanspruch auf die Auszahlung besteht nicht vor dem 1. April 1919. Bis zur Auszahlung des Sparfassenbuches findet die Verordnung des Oberkommandos sinngemäß Anwendung. Zur Abhebung eines Guthabens, das über seinen höheren Betrag als einhundert Mark lautet, bedarf es keiner Genehmigung.

Erleichterung der Bezugspflicht für Oberbekleidung.

Von berufener Seite wird uns geschrieben: In den Kreisen der verbrauchenden Bevölkerung scheint noch wenig bekannt zu sein, daß in der Zeit bis zum 8. Januar jede zu versorgende weiblich Person 2 Sonderbezugsgeldscheine, und zwar einen für ein Kleid oder ein Teilstück der Oberbekleidung, und einen für Mantel (Jacke oder Umhang) oder für Stoffe zu diesen Gegenständen ohne Prüfung des Bedarfs erhalten kann. Die gleiche Vergünstigung wird für einen Männer- oder Knabenwintermantel gewährt. Dieses Jugendgeld der Reichsbekleidungsstelle hat gerade für die bevorstehende Weihnachtszeit eine erhebliche Bedeutung, denn dadurch ist wieder die Möglichkeit vorhanden, zu dem früher geübten Brauch zurückzukehren, Geschenke in Form von Bekleidungsgegenständen zu machen.

Keine Ueberwältigung der Wache der Reichskasse. Der Gruppenführer der Wache der Reichskasse bittet uns dringend zu stellen, daß die Entlohnung gelegentlich der Spartakusbewegung nicht die vom Volksmatrosenrat gestellte Wache in der Reichskasse betrifft, die sich zur kritischen Zeit im Innern des Gebäudes befand, sondern Soldaten der republikanischen Soldatenwehr, die auf Kasinos vorbeistanden.

Das sechzehnte Opfer. Den Folgen seiner Verwundung, die er bei dem Zusammenstoß an der Ecke der Chaussee- und Invalidenstrasse erhalten hatte, ist auch noch der 51 Jahre alte Maurer Julius Telsch aus der Ledderstr. 60 zu Weihensee geworden.

Große Diebstähle an Lebensmitteln wurde auf dem Umlade- und Verschickbahnhof Hüttenpark-Überdach ausgeführt. Von den mit Nahrungsmitteln aller Art beladenen Wagen, die dort umgeladen und umgestellt werden, wurden viele erbrochen und ihres Inhaltes beraubt. Es gelang, die heimlichen Missetäter zu enttarnen und zum Teil schon festzunehmen. Bisher wurden 6 Mann verhaftet, alle Eisenbahn- und Flugplatzarbeiter.

Haussuchung bei Spartakus. Am gestrigen Montagabend hat, wie die „Noten Fahne“ meldet, in den Geschäftsräumen des Spartakus-Bundes in der Wilhelmstr. 114 eine Haussuchung stattgefunden. 15 Soldaten besetzten gegen 7 Uhr abends den Eingang des Hauses. Rst begaben sich in die Geschäftsräume und forscherten die antwortenden Verwaltungsgemeinschaften auf, sich zu legitimieren. Ein antwortender Fremder wurde einer Taschenuntersuchung unterzogen. Da er mit einem Revolver bewaffnet und anscheinend Ausländer war, erklärte ihn der Führer der Soldaten für verhaftet. Andere Waffen wurden nicht gefunden.

Von der Berliner Universität. Der Rektor der Berliner Universität hat vom Kriegsamt folgenden Bescheid erhalten: Durch die Kriegswirtschaftsbedingungen und die innerpolitischen Verhältnisse haben sich die Grundlagen der wirtschaftlichen Demobilisation vollkommen geändert. Alle bereits getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen haben die rasche mögliche Entlassung aller Mannschaften unter drei Umständen weder beim Befehlshaber noch beim Feldherrn möglich. Es wäre zu befürchten, daß entsprechende Sondervorschriften den Gang der allmählichen Entlassungen erschweren und so den gegenseitigen Erfolg als den gewünschten zeitigen würden. (gez. v. Kühlweiser.)

Das Hauptgebäude der Universität ist zurzeit nur mit Legitimationen zugänglich. Das Aulagebäude, die alte Bibliothek ist geschlossen. Die sonst hier stattfindenden kunstgeschichtlichen Vorlesungen sind nach dem ersten Semester in der Dorotheenstr. 3 verlegt.

Lustige Nachmittage für heimkehrende Soldaten. Auf Anregung der Kommandantur und des Vollzugsrates finden am 13., 14., 17. und 18. d. M., nachmittags 3½ Uhr, im Volkstheater vier lustige Nachmittage für heimkehrende Soldaten statt. Eine große Anzahl Berliner Bühnen- und Varietékünstler hat ihre Mitwirkung zugesagt. Karten an der Billettstelle am Potsdamer Bahnhof (Gauvortial, Zimmer 4) und an der Saalkasse.

Der Süden Groß-Berlins im Dunkeln. Eine umfangreiche Störung der elektrischen Beleuchtung trat gestern abend nach 9 Uhr in den von den Berliner Vorort-Elektrizitätswerken versorgten Gemeinden Tempelhof, Mariendorf und Parkwitz ein. Der Schaden war auf eine besondere Störung im West-Obergleichnetze zurückzuführen, doch war das Gerücht, daß hier ein Katze die Ursache habe, nicht begründet. Gegen 11½ Uhr war die Störung wieder gehoben.

Rantow. Lebensmittel. Vom Mittwoch ab werden in den bekannten Geschäften auf die Abchnitte 72 und 73 je 100 Gramm Griech gegeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Rechts. Für den 22. Bezirk findet die Versammlung nicht bei Falkenhagen, sondern im Lokal von Grundmann, Nollauer Straße 27/28, statt. Das Lokal von Falkenhagen haben die Spartakisten in Anspruch genommen.

Schöneberg. Heute abend 8 Uhr in der Aula der Schule Heinrichstraße 57 Mitgliederversammlung. Die Veranstaltung in der gemeinschaftlichen Annonce im gestrigen „Vorwärts“, daß die Versammlung bei Ostf., Martin-Luther-Str. 60, stattfindet, ist falsch.

Grünau. Die Versammlung des hiesigen Wahlvereins findet heute abend punkt 8 Uhr im Lokal von Franz, „Zur grünen Ede“, Eidenieder Straße statt. Gäste willkommen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Mt. Schöneberg. Heute Mittwoch, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung, zu der alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Schönebergs eingeladen werden.

Letzte Nachrichten.

Nationalratswahlen in Ungarn.

Budapest, 10. Dezember. (Holländisch Neuweltbureau.) Die Wahlen für die ungarische Konstituante werden im Laufe des Monats Januar unbedingt stattfinden. Vor Ausschreibung der Wahlen muss genau festgestellt werden, welche Territorien Ungarns in die Konstituante Abgeordnete entsenden sollen.

